Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ
pränum. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht beziehbar, kostet
monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Bölbergasse.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.
Motto: Für Wahrheit und Recht.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene
Petitzeile oder deren Raum
15 ₰, für Wohnungs-,
Vereins- und Versammlungs-
anzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags ½10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr 6852.

Nr. 43. Mittwoch den 21. Februar 1894. 5. Jahrg.

Eine Sardinenbüchse.

fk. Was in aller Welt hat die Explosion der kleinen Sardinenbüchse, die mit grünem Pulver und Pikrinsäure angefüllt und mit einer Zündschnur versehen war, im Café Terminus zu Paris bewiesen? Wir meinen, daß sich in Herrn Henry Emile Breton die ganze Hirnlosigkeit der „Propaganda der That" mit unheimlicher Deutlichkeit offenbarte. Wie vernichtete Breton die Bourgeoisie? Etwa dadurch, daß er mit seiner Sardinenbüchse Carnot, den Präsidenten der französischen Republik, oder den Premierminister Casimir Perier tötete? Zertrümmerte er vielleicht mit einem gewaltig wirkenden Sprenggeschoß die französische Deputiertenkammer oder wenigstens das Palais eines der größten Finanzfürsten in der reichen, kapitalistischen Metropole an der Seine? Nichts von alledem! — Die Liste der Opfer des Anarchisten hat ganz andere Leute aufzuweisen. Darunter befinden sich ein Friseur, ein Unterbeamter einer Bank, ein Postschreiber, der Gehilfe eines Photographen, ein armer Student, ein Fremder aus Haiti, drei Musterzeichner, vier Kellner und vier Frauen.

In der That, es ist eine wunderbare Methode, den Proletariern mit Pulver und Blei die Schienbeine zu zerschmettern und die Leiber zu zerfetzen, um der Bourgeoisie den Garaus zu machen. Und welchen Mannesmut entwickelte Breton bei der Affaire? Er zündete die Schnur an, worauf der Attentäter in wahnwitziger Angst die Flucht ergriff, um sein teueres Leben in Sicherheit zu bringen und einem Beamten, der ihn beim Kragen nahm und dingfest machte, drei Revolverkugeln in den Leib zu jagen.

Und was wird durch das unwürdige und gemeinschädliche Verhalten dieses ebenso dummen wie feigen anarchistischen Mordbuben erreicht worden? — Das, was die Anarchisten Ravachol und Vaillant-Marchal so schön für die Bourgeoisie vorbereitet hatten, das wird jetzt nach Möglichkeit, dafür sprechen alle Anzeichen, systematisch und gründlich zu Ende geführt werden. Diesen Gewohnheits-Verbrechern, die sich thatsächlich längere Zeit von Diebstahl, Raub und Mord ernährten, hat sich jetzt der von unheilbarer Großmannssucht befallene Breton zugesellt. Ueber Vaillant-Marchal äußerte der jüngste Attentäter, daß das Kochtopfgeschoß mit Schusternägeln die reine Kinderei gewesen sei, die darum in der Deputiertenkammer nur wenig Schaden anrichten konnte.

Jedenfalls sind durch die „Thaten" dieser drei anarchistischen Schwachköpfe weder die Polizei, noch die Justiz, noch die herrschenden Gesellschaftsschichten auch nur im allermindesten eingeschüchtert worden. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Die Macht der kapitalistischen Gesellschaft wurde gestärkt. Es hagelte gleich nach dem Bombenattentat in der französischen Kammer Unterdrückungsmaßregeln.

Mit fabelhafter Geschwindigkeit beeilte sich die französische Regierung, ein Preßknebelungsgesetz der Kammer vorzulegen und durchzudrücken. Ein Kredit von fast einer Million Franks für Vermehrung der Polizei u. s. w. wurde den Behörden zur Verfügung gestellt, um das, was an Freiheit und Gleichheit in der Republik noch anzutreffen ist, zu erwürgen.

Und weil einige Wahnsinnige oder Schurken — eine dritte Möglichkeit fehlt — Wind gesät haben, müssen die französischen Arbeiter und Arbeiterinnen Stürme ernten.

Wirklich, es kann sich hier nur um Schufte oder Irrsinnige handeln. Denn entweder glaubten die Attentäter felsenfest daran, daß ein Kochtopf, eine Sardinenbüchse, eine Klystierspritze oder ein ähnliches Instrument genüge, die herrschende Gesellschafts-„Ordnung" aus den Angeln zu heben — dann waren sie für ein Irrenhaus reife Narren — oder aber sie wollten sich den Anschein geben, als glaubten sie an ihre Mission, „an die Befreiung der Enterbten", um diesen Glauben, der ihnen selbst fehlte, zum Verderben anderer Personen zu erwecken, — dann waren sie elende Schwindler, vielleicht betrogene Betrüger, da man ja nie bei diesen Dynamitarden wissen kann, wo die Einwirkung der Spitzel und Agentprovokateure anfängt und wo sie aufhört.

Das ist nicht zu hart geurteilt; denn kein anständiger Mensch mit fünf gesunden Sinnen kann glauben oder vorgeben, daß er als einzelner das Duell mit dem Kapitalismus aufnehmen könnte; gleichviel, ob ihm ein Zweiter, Dritter, Zehnter und auch Hunderster mit kleinen und kleinlichen verbrecherischen Gewaltakten folgt. Nur die Arbeiterklasse als solche kann den Kampf mit den herrschenden Klassen aufnehmen, ihn siegreich beenden und den Frieden im Interesse des Gemeinwohls diktieren. Diesen, die Geister revolutionierenden Klassenkampf führt und organisiert die Sozialdemokratie, welcher der Anarchismus mit seinem plumpen und im Grunde reaktionären Vorgehen unvorhergesehene Schwierigkeiten bereitet.

Der einzelne Mann für sich allein kann die Gesellschaft so wenig befriegen, als der Floh davon sprechen kann, daß er sein Duell mit dem Elefanten oder Walfisch siegreich zu Ende führen werde. Kein vernünftiger, kein ehrlicher Mensch kann für ein derartiges Schwadronieren des anarchistischen Flohes, der die Revolution gepachtet haben will, mehr als ein mitleidiges Achselzucken übrig haben. Und mit Recht, denn ist nicht durch den Gebrauch der Dampfmaschine die Produktion, das Proletariat, ja eine ganze Welt stärker revolutioniert worden als durch die Hanswürste und Schwadroneure, die sich als revolutionäre Mordskerle aufspielen und Arm in Arm mit Polizeispitzeln und Tollhäuslern marschieren?

Die famose Sardinenbüchse Bretons stellt in Paris wieder die Frage der Bekämpfung „der Gewissenlosigkeit und des Umsturzes" in den Vordergrund. Was thun? Und da wird nun frisch darauf los geschrien: Verhängung des Belagerungszustandes über Paris, Einführung der Militärgerichtsbarkeit und des Standrechts, — sowie für ganz Frankreich Verschärfung der Ausnahmemaßregeln und Ausbau derselben zu einem regelrechten Ausnahmegesetz nach deutschen oder russischen Mustern. Man versteht.

Wie das anarchistische Komödiantentum à la Ravachol, Marchal-Vaillant und Breton sich mit den Kriegsartikeln abfinden würde, könnte ihm füglich überlassen bleiben, aber anders steht es mit der Unsumme von Chikanen, Opfern und Elend, welche die arbeitende Klasse auf ihre Schultern zu nehmen hätte zu all den alten unerträglich drückenden Lasten.

Andere anarchistische Attentate werden nach und nach folgen, denn auch geistige Epidemien verbreiten sich nach den Gesetzen der ihnen innewohnenden Ansteckungskraft. Da helfen weder Theorie noch Praxis der Abschreckung. Zu dem ist manchem Staatsmann eine Sardinenbüchse eine sehr willkommene Sache.

Allzu arg dürfte es zwar mit dem Anwachsen der Propagandisten „der That" nicht werden. Auch Johann Most sagt in der Beziehung zutreffend:

„Man verweist zwar auf die Phrase von den „zehn anderen", die an die Stelle eines jeden Gefallenen treten, allein richtig ist dabei nur das eine, daß es sich eben um eine Phrase handelt.

Wo sind denn die achtmal zehn agitatorischen Kräfte, die in Chicago nach dem 1. November an die Stelle von „unsern Acht" getreten sind? Noch nicht einmal einen einzigen Propagandisten vermochten wir bis jetzt aufzutreiben, der als Ersatz unserer Gefallenen gelten könnte. . . ."

Als Gegenstück zu diesem anarchistischen Urteil lassen wir hier noch ein konservatives über die Attentatstaktik nachfolgen. Die „Grenzboten" meinen:

„Ueber nichts muß man sich mehr wundern, als daß sich der Groll der Besitzlosen so selten in Attentaten Luft macht. In Deutschland liegt die Erklärung in der vortrefflichen Organisation und Disziplin der Sozialdemokratie, die nicht gestattet, daß mühsam errungene oder zu erringende soziale und politische Erfolge durch Thaten der Ungeduld, der Leidenschaft, des Wahnwitzes in Frage gestellt werden. Deshalb sind auch alle Berechnungen jener „Staatserhaltenden" eitel, die da hoffen, ein großes Attentat oder ein großer Putsch der Sozialdemokraten werde ihnen den Vorwand zu einem großen Gemetzel unter den Arbeitern und zu einem Staatsstreich darbieten. Was nach dieser Richtung hin möglich war, scheint unter Puttkamer versucht worden zu sein; aber die wundersame Selbstbeherrschung und Vorsicht, die sich die Arbeiter unter dem Sozialistengesetz anerzogen haben, hat alle jene Vorsicht vereitelt."

Wir meinen, daß das Wort den Nagel auf den Kopf trifft.

Zu glauben, daß mit einzelnen Gewaltthaten für das Proletariat etwas gewonnen werden könnte, ist heller Wahnwitz. Wer die Geschichte der unendlich langsamen Entwickelung unseres Geschlechtes und die der modernen Völker erfaßt hat, muß uns beipflichten; er hat erkannt, daß die Kampfesweise des Anarchismus für die klassenbewußte Arbeiterbewegung im höchsten Grade schädlich ist.

Darum hinweg mit der teils lächerlichen, teils verbrecherischen Kochtopf- und Sardinenbüchsen-Taktik!

25] **Nach Sibirien verbannt.**

Erzählung von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

Da wandte sich die junge Dame um und blickte ihn an, stolz, entrüstet.

„Nennen Sie nicht die Namen der Meinigen," erwiderte sie. „Verlassen Sie mich, wenn Sie wirklich eine Art Liebe für mich empfinden. Ihre Worte verdienen kein Vertrauen.

Der entlarvte Verräter ließ nun, da alle seine Versuche vergeblich gewesen waren, enttäuscht und wütend die Maske fallen.

„Nun wohl," sprach er drohend, „denken Sie auch daran, daß ich Ihnen nicht nur nutzen, sondern auch schaden kann. Ich bin Gouverneur von Tobolsk," fügte er leise hinzu. „In Sibirien könnten Sie leicht in meine Gewalt gegeben sein —"

„Schurke!"

„Sie treiben mich zum Aeußersten — Sie wissen, ich bin entschlossen und hartnäckig — Sophia, zum letztenmale —"

„Elender!"

Sophia hatte ihren ganzen Mut, ihren ganzen Stolz wiedergefunden.

Lazareff sah ein, daß alles umsonst war.

„Sie ist noch nicht genug gebeugt," dachte er, wandte sich ab und begab sich zu Jagodkin, der seinen Platz im Nebenzimmer wieder eingenommen hatte.

„Ich danke Ihnen, Jagodkin," sagte er verdrossen.

„Nun?" sagte der Richter mit den Augen zwinkernd.

„Mein Zweck ist erreicht," versetzte jener kurz und empfahl sich hastig.

15. Kapitel.

Das Verhör.

Jagodkin blickte dem Davoneilenden mit schlauem Lächeln nach, dann wandte er sich, eine strenge Amtsmiene annehmend, an Sophia.

„Kommen Sie her, Sophia Sidorski," sagte er in befehlendem Tone. „Sie sollen verhört werden."

Gleichzeitig ließ er sich an seinem Schreibtisch nieder und blätterte hastig in einem Aktenstück.

Sophia näherte sich langsam.

„Herr Richter," bat sie, „so sehr ich in all den Monaten meiner Gefangenschaft nach einer richterlichen Vernehmung verlangt habe — dürfte ich darum bitten, für heute davon entbunden zu werden? Ich bin durch die Vorgänge der letzten Stunde zu aufgeregt, zu erschöpft — würden Sie nicht die Güte haben, mein Verhör auf morgen zu verschieben?"

„Je aufgeregter der Inkulpat," rechnete er, „je eher ist er zu Geständnissen oder Verwirrungen geneigt, um so leichter ist es also, ihn zu überführen."

„Es thut mir leid, Ihnen diese Bitte abschlagen zu müssen," beschied er deshalb das junge Mädchen kalt, „das Verhör kann nicht aufgeschoben werden. Wenn Sie müde sind, so können Sie sich ja setzen" — er deutete auf eine Bank, die vor dem Tisch stand.

Sophia gehorchte widerspruchslos.

Diese Bitte war gewiß berechtigt und entschuldbar und würde in einem anderen Lande wohl ohne weiteres genehmigt worden sein, der Herr Untersuchungsrichter Jagodkin aber, welcher grundsätzlich jede Regung der Menschlichkeit als eines Richters unwürdig erachtete, kalkulierte anders.

„Sie sind beschuldigt," nahm der Untersuchungsrichter nach einer Pause das Wort, „sich als Mitglied an einer geheimen Verbindung beteiligt zu haben, welche den Zweck verfolgt, die bestehende Staatsverfassung zu stürzen resp. Ideen und Theorien zu verbreiten, welche geeignet sind, die Bevölkerung gegeneinander, sowie gegen die bestehenden gesetzlichen Zustände aufzureizen, und einen Volksaufstand oder überhaupt eine gewaltsame Umwälzung vorzubereiten. Was haben Sie auf diese Anklage zu erwidern?"

Sophia schwieg.

„Bekennen Sie sich schuldig?"

„Nein," entgegnete das junge Mädchen fest und ruhig.

„Sie leugnen, Mitglied einer solchen Verbindung gewesen zu sein?"

„Ich leugne es nicht," entgegnete die Gefangene, „ich stelle es in Abrede."

„Bestreiten Sie, daß im Hause Ihres Vaters eine Vereinigung von Männern und Frauen bestanden hat, welche unter dem Namen „Bund der Freimütigen" regelmäßige und geheime Versammlungen abhielt?"

„Regelmäßige wohl, aber geheime nicht."

„Sie geben aber doch zu, daß von der Existenz des Bundes außer den Mitgliedern niemand Kenntnis gehabt hat? Daß die Mitglieder bei ihrer Aufnahme in den Bund zum Schweigen verpflichtet wurden?"

Sophia zögerte ein wenig, bevor sie antwortete: „Meines Wissens ist eine solche Bedingung nicht gestellt worden."

„Angeklagte," ermahnte Jagodkin sie ernst, „versuchen Sie nicht, mich zu täuschen. Dieser Versuch würde vergeblich sein, da wir über Wesen, Ziele und Thätigkeit des Bundes die genauesten Mitteilungen besitzen. Ihre Vernehmung ist eine bloße Formsache, die zu Ihrer Ueberführung kaum nötig ist. Ihr eigenes Geständnis ist nur insofern von juristischem Wert, als es dem Richter einen Maßstab zur Beurteilung Ihrer eigenen größeren oder ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940221-12/fragment/page=0001

Rundschau.

Aus dem Reichstage. Auch am Montag konnte die Kolonialdebatte nicht zu Ende geführt werden und bei der Redelust, die einzelne Abgeordnete bei dieser Position bekunden, ist es noch sehr die Frage, ob dieselbe morgen ihre Erledigung findet. Neues erfährt man freilich aus den Verhandlungen im Plenum recht wenig mehr. Die Skandalosa, um die sich die Verhandlungen meist drehen, haben früher in der Presse und dann in der Budgetkommission eine so eingehende Behandlung gefunden, daß die Verhandlung im Plenum naturgemäß an aktuellem Interesse einbüßt. Letzteres gilt freilich nur für die Herren Reichsboten, die durch ihre Abwesenheit glänzen. Das große Publikum dagegen drängt wie nur sonst bei sogenannten „großen" Tagen zu den Tribünen und sind diese Tag für Tag bis auf den letzten Platz besetzt.

Den deutsch-russischen Handelsvertrag hat der Bundesrat am Montag einstimmig angenommen. Wie der Präsident von Levetzow im Reichstage mitteilte, ist der Vertrag auch dem Reichstage bereits zugegangen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat die Wahl des Abg. Krupp-Essen (Reichsp.) beanstandet und Beweiserhebungen über die in einem Protest behaupteten Wahlbeeinflussungen seitens Kruppscher Beamten beantragt. Herr Krupp war in der Stichwahl mit 25 057 gegen 22 287 Zentrumsstimmen gewählt worden. — Bei der Wahl des Grafen Moltke-Pinneberg (Reichsp.) hat sich die Vorschriftswidrigkeit ereignet, daß die Wahllisten für einige Ortschaften nicht im Wahlkreise selbst, sondern in der zu einem anderen Wahlkreise gehörigen Stadt Altona ausgelegt waren. In der Kommission wurde deshalb Ungültigkeit der Wahl beantragt, dieser Antrag aber mit Stimmengleichheit abgelehnt. Graf Moltke war in der Stichwahl mit 15 277 gegen 13 731 sozialdemokratische Stimmen gewählt. — Die Wahl des Abg. Gneiß-Köln (Zentr.) wurde hauptsächlich darum angefochten, weil einige Vororte, welche früher mit dem Landkreise Köln wählten, seit ihrer Eingemeindung in die Stadt auch bei den Wahlen zu dem Stadtkreis geschlagen worden sind. Diese Maßregel ist ungesetzlich, da die Abgrenzung der Wahlbezirke auf Gesetz beruht und nicht auf dem Verwaltungswege abgeändert werden darf. Dieselbe Frage spielt auch noch bei anderen Wahlen eine Rolle. Die Regierung ist seitens der Kommission um Auskunft über diejenigen Fälle ersucht worden, in welchen Proteste vorliegen. — Die Prüfung der Wahl des Abg. Lüttich-Rudolstadt (freis. Vereinigung), der mit 7372 gegen 7086 sozialdemokratische Stimmen in der Stichwahl gesiegt hat, kam noch nicht zu Ende.

Die Butter des armen Mannes. Die „arbeiterfreundlichen" Konservativen haben im Reichstage einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingebracht. Man rechnet auf den Zentner eine Steuer von 2 Mark, so daß, da gegenwärtig etwa 40 Millionen Zentner Margarine konsumiert werden sollen, die Steuer einen Ertrag von etwa 80 Millionen Mark ergeben würde. Ein hübsches Sümmchen, das da im Handumdrehen aus den Proletariermassen herausgeschunden werden würde. Wo bleiben denn da aber die tragfähigen Schultern?!

Der Kaiser war am Montag zu Besuch beim Fürsten Bismarck. Darob herrscht in der bürgerlichen Presse, namentlich bei den Nationalliberalen, die wieder ganz aus dem Häuschen sind, recht bewegtes Leben. Uns interessiert die Sache garnicht. Der Kaiser hat dem Fürsten Bismarck verschiedene Geschenke mitgebracht. Bei letzterem gilt mehr als bei sonst jemandem das Sprichwort: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.

Sächsisches. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mitteilt, soll gegen einen Soldaten der Dresdener und gegen einen der Döbelner Garnison das militärgerichtliche Verfahren eröffnet sein, weil sie im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marseillaise" und dem „Sozialistenmarsch" getanzt haben sollen. Schrecklich!

Von der Explosion auf der „Brandenburg". Der „Reichsanzeiger" meldet: „Die vom Reichs-Marine-Amt eingeleitete technische Ermittelung der Ursache des Unglücks auf der „Brandenburg" ergab zunächst als sicher, daß das Personal des Schiffes und der kaiserlichen Werft in jeglicher Beziehung seine Schuldigkeit gethan hat. Die Maschinen und die Kessel wurden sachgemäß bedient." — „Damit ist aber immer noch nicht aufgeklärt, wie das Unglück entstanden ist. Und das wollen wir ja wissen!"

Zum Kapitel: „internationale Abmachungen gegen die Anarchisten. Der Staatssekretär des Innern, Asquith, erklärte im englischen Unterhause, die Regierung sei der Ansicht, daß eine Abänderung der englischen Gesetzgebung behufs der Bekämpfung der Anarchisten unnötig sei, die Regierung sei aber bereit und wünsche, mit den andern Ländern gemeinsame Maßregeln für diesen Zweck zu ergreifen. Diese Maßregeln müßten jedoch weniger auf eine Erweiterung der Ausweisungsgewalt hinzielen, als auf einen zwischen den Regierungen und Polizeibehörden der verschiedenen Länder herzustellenden konstanteren Austausch von Informationen und gemeinsamen Aktionen sowohl behufs der Entdeckung, als auch der Bestrafung der Schuldigen. — Der Herr Minister ist also gegen eine Beschränkung des Asylrechts, aber für eine internationale Spitzeleinrichtung, oder vielmehr für eine planmäßig geleitete Spitzelei an Stelle der jetzigen anarchistischen Spitzelei, nach welcher jede Regierung in fremden Ländern auf eigene Faust herumschnoberte und die „gefährlichen" Elemente durch List in ihre Hände zu bekommen suchte. Damit würde aber eine regelrechte Auslieferung verbunden sein müssen und für England ein gefährlicher Riß in das Asylrecht gemacht werden. Die Meinung des Ministers ist glücklicherweise noch nicht maßgebend.

Aus den afrikanischen Kolonien kommen immer befremdende Nachrichten. So wird jetzt von der „Freis. Ztg." mitgeteilt, daß der stellvertretende Gouverneur von Kamerun, Kanzler Leist, eine Verfügung über die Auswanderung der Eingeborenen aus dem Schutzgebiet von Kamerun erlassen hat, nach welcher die Auswanderung nur mit Genehmigung des Gouvernements gestattet ist. Bei jedem Antrage auf Erlaubnis ist eine Gebühr von 10 M. zu entrichten. Zuwiderhandlungen werden an den Uebertretern oder deren Familiengliedern oder denjenigen, welche die Auswanderungen veranlaßt haben, mit Geldstrafen bis zu 1000 M. bestraft. Zur Begründung der seltsamen Verfügung wird angeführt, daß einerseits durch sie die unkontrollierte Ausfuhr landwirtschaftlicher und anderweitiger Arbeiter aus dem Schutzgebiete verhindert wird, andererseits die Verordnung auch eine gesetzliche Handhabe geben soll, um dem Uebelstande abzuhelfen, daß, wie bisher der Fall, ein großer Teil der in Bildung vorgeschritteneren Eingeborenen in das Ausland gebracht, dort in einer nichtdeutschen Sprache unterrichtet und so der Kultur der Kolonie und einem für das Gouvernement wichtigen Zwecke, nämlich dem Dienste als Dolmetscher und Unterbeamte, welche der Eingeborenensprache und des Deutschen mächtig sind, entfremdet werden. Besonders nachteilig seien in dieser Beziehung die Bestrebungen des Reverend Hughes von der Kongo-Mission, der die jungen Leute nach der Erziehungsanstalt in Colwyn Bay (England, Grafschaft Wales) schicke, um sie später als Missionare im Kongogebiete, also im Auslande, zu verwenden.

Die Verordnung und noch mehr die Begründung sieht die Schwarzen also gewissermaßen als Hörige an, denen nicht das Verfügungsrecht über ihre Person zusteht; die 10 M. für die Auswanderungserlaubnis sind dann eine Art Loskaufgeld. Eine solche Auffassung schlägt aber aller Zivilisation geradezu ins Gesicht.

Ein Anarchistenprozeß begann am Montag in Wien, in welchem 14 Angeklagte folgender Verbrechen beschuldigt sind: Hochverrat, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Verleitung zur Desertion und Aufruf zum Bürgerkriege, Vergehen gegen die öffentliche Ruhe ꝛc. Die Verteidiger verlangen die Oeffentlichkeit für einzelne Teile der Verhandlung, der Gerichtshof beschließt vollkommenen Ausschluß der Oeffentlichkeit.

John Burns — ein Renegat? Wenn der Korrespondent der Züricher „Arbeiterstimme" recht berichtet ist, ist John Burns, der bekannte Organisator des Londoner Dockarbeiterstreiks, abtrünnig geworden. Der erwähnte Korrespondent schreibt:

„Die bedauernswerte Stellung, die Burns gegen den Sozialdemokratischen Bund eingenommen hat, ist schon längern Datums, und es ist anzunehmen, daß es eine der Hauptursachen war, weshalb das Mitglied dieses Bundes für Battersea auf dem internationalen Kongreß zu Zürich nicht erschien. — Ich glaube, es ist gerade der Sozialdemokratische Bund, der es am meisten bedauert, so gegen sein damaliges Mitglied Burns Front machen zu müssen, allein die Beschimpfungen und Prinzipienverletzungen sind derart, daß es sich nicht anders machen läßt. Ich hätte schon mehrmals Gelegenheit gehabt, über diesen Fall zu berichten, aber ich habe es immer vorgezogen, solche Vorkommnisse soviel wie möglich nicht an die Oeffentlichkeit zu bringen; aber da nun einmal ein Urteil aus einer konservativen Zeitschrift entnommen worden ist, so glaube ich, es sei am Platze, einigermaßen die Gründe zu erklären, weshalb Männer, wie Lansbury-Taylor, zu solchen Aeußerungen kamen. Seitdem John Burns als Mitglied des Parlaments für Battersea gewählt wurde (und dies ist größtenteils durch die Agitation der Federation geschehen), da hat er jede Gelegenheit wahrgenommen, um seinen alten Freunden den Rücken zu kehren, ja er ging selbst so weit, bei den Wahlen zum County Council (Gemeinderat) einen Liberalen öffentlich zu unterstützen gegen seinen früheren Kollegen, den Sozialdemokraten Rogers. So kam es auch, daß er in der Washington Music Hall den Sozialdemokratischen Bund verdächtigte. Sein Verhalten im Parlament, als die Frage der Niedermetzelung der streikenden Kohlenarbeiter zu Featherstone zur Sprache kam, sowie seine Stellung über die Frage der Arbeitslosen und nun endlich sein offener Brief im „Star", worin er sich sogar so weit vergißt, den Sozialdemokratischen Bund als eine Bande von Verbrechern zu bezeichnen, zeigt deutlich nicht nur die Ursachen, weshalb John Burns kritisiert wurde, sondern liefert auch den Beweis, daß er, das frühere Mitglied dieses Bundes, sich auf einer sehr gefährlichen Bahn befindet und mehr Neigung zum Liberalismus zeigt, als wie dem Volke treu zu bleiben."

Nun, solche John Burns giebt es überall. Es ist aber auch kein Wunder, daß ein niederer Arbeiter, der so plötzlich emporgetragen wird, den Schwindel bekommt und den Charakter verliert.

Die Kommission für Arbeiterstatistik.

Ein etwas anderes Bild, als die bisherigen Tage der gegenwärtigen Sitzung, zeigte die Verhandlung am Sonnabend. Während die Vertreter der Bäckermeister ohne Ausnahme Gegner der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sind, fanden sich unter den Konditoren, welche heute vernommen wurden, mehrere Arbeitgeber, welche eine Regelung der Arbeitszeit für durchführbar hielten. Unter den Gegnern der gesetzlichen Regelung war auch noch einer, der, nachdem er die verschiedenartigsten Gründe vorgebracht hatte, ohne damit wesentlichen Eindruck zu machen, zu dem Ausspruch kam: „Meine Herren, ich will ganz offen sagen, meine Kollegen und ich sind deshalb Gegner des Normalarbeitstages, weil wir nicht täglich die Polizei in unsern Werkstätten haben möchten." Aber nicht nur unter den Meistern gab es Anhänger der gesetzlichen Regelung, sondern auch umgekehrt unter den Gehilfen gab es solche, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Konditorgewerbe für undurchführbar halten.

So schlimme Mißstände, wie im Bäckergewerbe scheinen in den Konditoreien nicht zu bestehen. Die Konditoren arbeiten durchschnittlich nur am Tage. Die Nachtarbeit bildet die Ausnahme. Nach den statistischen Erhebungen haben 51.7 vom Hundert eine Arbeitszeit von 12 Stunden und weniger, 41.9 vom Hundert arbeiten 12 bis 14 Stunden, 0.4 vom Hundert länger als 14 Stunden und bei 3 vom Hundert ist die Dauer der Arbeitszeit nicht angegeben. Auch aus den Aussagen der Gehilfen ging hervor, daß mancher Konditorgehilfe für gewöhnlich seine um 7 Uhr begonnene Arbeit in den Nachmittagsstunden schon beendet hat und daß nur in einzelnen Perioden, vor den Festtagen sowie im Hochsommer beim Einmachen der Früchte, die Arbeitszeit oft sehr erheblich verlängert wird. Daß ferner an nicht vorher zu bestimmenden Tagen, infolge plötzlich einlaufender Bestellungen für Gesellschaften und Hochzeiten eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt wird.

Ungünstiger als die Gehilfen sind die Lehrlinge im Konditorgewerbe gestellt. Diese haben fast in allen Konditoreien eine längere Arbeitszeit als die Gehilfen.

Weiter als die Bäcker gingen die Konditoren mit ihren Forderungen über die Zahl der Arbeitstage, an denen Ueberarbeit gestattet werden muß. Während die Bäcker glauben, daß sie mit 20 Tagen im Jahre auskommen können, an denen infolge großer Anhäufung der Arbeit länger als gewöhnlich gearbeitet werden darf, verlangten einzelne Konditoren 100 Tage im Jahre.

Recht lebhaft wurden die Verhandlungen, als die Frage aufgeworfen wurde, ob die Konditoren die Bäcker in ihrem Gewerbe schädigen und ob diese Schädigung eine größere werden würde, wenn die Sonntagsarbeiten in den Bäckereien weiter eingeschränkt würden. Die Konditoren behaupteten, das Gegenteil sei richtig, sie gehen durch die Konkurrenz zu grunde. Früher, als das ehrsame Bäckerhandwerk sich damit begnügt habe, Brot zu backen, habe die Konditorei zum Kunsthandwerk gehört und die Konditoren seien wohlhabende Leute geworden. Jetzt halten die Bäcker sich Konditorgehilfen und statten ihre Läden mit schön aussehenden Konditorwaren aus. Die Bäcker suchten sich zu wehren, sie behaupteten, die Hefe sei ein Produkt, welches nur von Bäckern verarbeitet werden darf. Umgekehrt halten die Konditoren den Zucker für ihr Element, wenn sie auch den Bäckern den Zucker nicht ganz entziehen wollen, so wollen sie aber nicht gestatten, daß die Bäcker ein Produkt herstellen, in welchem mehr als 10 Prozent Zucker enthalten ist. Obwohl ein Vertreter der Bäckerinnung sich bitter über die Konkurrenz der Konditoren beklagte, stellte er doch fest, daß von 281 Konditoreien, welche früher in Berlin bestanden haben, heute nur noch 140 vorhanden sind. Die Gewerbetreibenden von den Vertretern der Innung nur insoweit verurteilt, als andere Produkte herstellen, die vermeintlich nur von ihrem Gewerbe hergestellt werden dürfen, aber sie würden sich nicht entschließen, einem Verbote zuzustimmen, wodurch der Kreis ihrer Thätigkeit eingeengt wird.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 19. Februar. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Graf Caprivi, Frhr. v. Marschall, Dr. v. Bötticher u. a.

Zur ersten Beratung steht zunächst das neue Gesetz, betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege. Nach demselben sollen die landesgesetzlichen Vorschriften über Taubenzucht und Taubenflug für Militärbrieftauben außer Kraft gesetzt werden, welche mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sind.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Volksp.) hält den Eingriff in die Gesetzgebung für die Tauben für keinen glücklichen. Einmal sei ein Stempel nur ein sehr äußerliches Merkmal und es werde sich z. B. nie feststellen lassen, ob eine Taube im Militär- oder Zivilverhältnis stehe, sobald nur einige Federn ausgerissen seien. Dann aber müsse, wenn man die Militärbrieftauben privilegiere, die Frage der Flurschäden geregelt werden. Er beantrage, den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Gröber (Zentr.) stimmt diesem Antrage zu, da verschiedene zivilrechtliche Fragen zu lösen seien.

Der Antrag auf Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt. Die zweite Beratung wird somit im Plenum stattfinden.

Darauf wird die zweite Beratung des Kolonialetats mit dem Etat für Kamerun fortgesetzt.

Referent Prinz Arenberg (Zentr.) berichtet über die Vorgänge in Kamerun und über die Vollziehung der Prügelstrafe an Dahomeweibern, ein Verfahren, das parlamentarisch nicht gekennzeichnet werden könne und das seine disziplinarische Ahndung finden müsse.

Abg. Graf Arnim-Muskau (Reichsp.): Herr Bebel hat aus den letzten Vorgängen in Kamerun Kapital gegen die Kolonialpolitik geschlagen. Herr Bebel versteht eben zu wenig von einer nationalen Politik. Mit ihm darüber reden, hieße etwa dasselbe, wie wenn man mit einem Suaheli deutsch reden wollte. Die Peitschen, die man uns hier auf den Tisch des Hauses gelegt hat, beweisen doch nichts. In den Berichten, die wir bis heute haben, ist ja von der Anwendung der Peitsche gar keine Rede. Der stellvertretende Gouverneur Leist ist zu der Art der Strafe aber nur gezwungen worden durch die übertriebene Sparsamkeit, zu der er von hier aus genötigt worden. Sonst hätte er die Weiber statt mit Prügeln mit Entziehung des Lohnes bestrafen können. Es war ein Fehler, daß man den Gouverneur Zimmerer wieder nach Kamerun zurückgeschickt, denn die Kaufmannschaft hatte aufgeatmet, als er von dort geschieden war. Dagegen muß ich dem Reichskanzler gegenüber betonen, daß Herr v. Wißmann, mit dessen Rechnungen die Rechnungskommission angeblich noch jahrelang zu thun haben soll, wenn er auch kein geeignetes Mitglied der Oberrechnungskammer wäre, doch den deutschen Namen zu hohem Ansehen gebracht hat. Der Reichskanzler hat dagegen das Abkommen mit England und in neuerer Zeit dasjenige mit Frankreich geschlossen, durch welche wir nur berechtigte Ansprüche preisgeben mußten. Weite Kreise im Volke verstehen es schon heute nicht, daß wir nicht Besitz von einem Zentralreich in Afrika genommen haben. In Zukunft wird man das noch weniger verstehen, selbst in Kreisen, die nicht Kolonialschwärmer sind.

Reichskanzler Graf Caprivi: Das Abkommen mit Frankreich kennt der Vorredner nicht, und ich kann mich meinerseits nicht über dasselbe verbreiten. Das Abkommen ist nicht erst unter dem neuen Kurse eingeleitet worden, sondern schon unter meinem Amtsvorgänger, vor allem ist Yola schon vorher aufgegeben worden. Was Kamerun betrifft, so ist, nachdem die Vorgänge bekannt geworden, alles geschehen, um die Untersuchung in Fluß zu bringen. Es ist der Geheimrat Brose hingesandt worden, um sie zu leiten, aber die Berichte von ihm sind noch nicht eingetroffen. Was die Untersuchung ergiebt, wird man abwarten müssen. Jedenfalls kann ich versichern, daß Herr Leist nicht ohne Erfahrung in bezug auf die Behandlung der Neger ist. Auch Herr Zimmerer hat sich

---

ringeren Strafbarkeit an die Hand giebt. Mit anderen Worten, es fällt unter Umständen strafmildernd ins Gewicht. Deshalb Sophia Sidorski rate ich Ihnen in Ihrem eigensten Interesse — denn Sie sind jung und haben das Leben noch vor sich — die Strafbarkeit Ihrer Handlungsweise nicht durch ein Stillschweigen zu vergrößern, das nur Ihnen selbst schaden und den übrigen Beteiligten nichts mehr nützen kann."

„Wenn Sie von mir mehr hören wollen, als die Wahrheit," antwortete Sophia, „so muß ich stillschweigen."

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Halle, 20. Februar. (Zweites Gastspiel von Max Alvary.) Vor überfülltem Hause gelangte gestern „Tannhäuser" mit Herrn Alvary in der Titelrolle zur Aufführung. Die sich für den Theaterbesucher zu einem hohen Genuß gestaltete, der nur dadurch beeinträchtigt wurde, daß Frl. Breuer nicht nur die Partie der Elisabeth, sondern auch die der Venus sang, in welch' letzterer Beziehung die geschätzte Sängerin zwar Schönes leistete, aber doch nicht allen Ansprüchen genügte. Das kam aber garnicht in Betracht gegenüber der gewaltigen Leistung des Herrn Alvary, der uns einen so originellen Tannhäuser mit so vielen charakteristischen Eigen- und Feinheiten bot, wie wir ihn von einem zweiten Sänger noch nicht gehört. Sicher hat uns der Tannhäuser in seiner Auffassung besser gefallen, als der Siegfried. Auch kam die stimmliche Begabung gestern noch besser zum Ausdruck. Nur eins können wir nicht unterschreiben: das schleppende Tempo beim Lied an die Liebe, wobei es der ganzen Herrschaft des Dirigenten bedurfte, um das Orchester im Zaume zu halten. Aehnliches gemäßigtes Tempo war auch an anderen Stellen zu beobachten, aber weniger auffällig. Das Publikum applaudierte den Künstler stürmisch, am Schlusse wurde er, sowie Frl. Breuer und Hr. Hunold durch Kranzspenden geehrt. -e.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940221-12/fragment/page=0002

durchaus als ein guter Verwaltungsbeamter erwiesen. Ich habe Herrn von Bismann hier garnicht angegriffen, sondern ausdrücklich hervorgehoben, daß er sich große Verdienste erworben, aber nachdem auch das Ueberwiegen der Bureaukratie getadelt worden, konnte ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß es ohne ein wenig Bureaukratismus doch auch nicht geht.

Abg. Dr. Hasse (natl.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Bebel beim Etat für Ostafrika, wird aber vom Vizepräsidenten Freiherr v. Buol daran verhindert und geht sodann auf den Etat für Kamerun ein: Ich kann mich bezüglich der Verwaltung dieser Kolonie im ganzen dem Urteil des Grafen Arnim anschließen, muß aber doch etwas näher auf den englischen Vertrag eingehen. In demselben spricht sich deutlich das Bestreben des Herrn Reichskanzlers aus, daß der afrikanische Besitz eine Last sei. England denkt darüber anders und reißt alljährlich tausende von Quadratmeilen Land an sich, weil sie sich sagen, sie brauchen die Kolonien. Auch die Franzosen möchten möglichst viel Gebiet im Besitz nehmen, auch selbst die bankbrüchigen Portugiesen haben ihre Reich von Schire aufgerichtet. Wir dagegen haben Verträge geschlossen, um auf unbestrittenen Besitz zu verzichten. Schon der Verzicht auf Uganda war ein großer Fehler, denn an diesem hatten wir gerade ein äußerst wertvolles Gebiet. Die Erforschung gerade der zentral-afrikanischen Gebiete ist aber vor allem deutschen Reisenden zu danken und mit deutschen Mitteln gefördert worden. Zum Teil hatten diese Gelehrten auch Verträge geschlossen, die man jetzt einfach aufgegeben hat. Es ist richtig, daß Yota schon früher den Engländern zugesprochen ist, ebenso der fraglich Teil des Benuä. Dagegen ist mir unbegreiflich die Abtretung der Stadt Kuya und die Bestimmung, nach der uns der Zugang zum Wadelai gesperrt wird. Noch ungünstiger scheint mir das Abkommen mit Frankreich zu sein, über das uns allerdings offizielle Mitteilungen noch fehlen. Ich wollte dazu nicht einfach stillschweigen, sondern die Dinge hier wenigstens einmal zur Sprache bringen.

Abg. Beckh (freis. Volksp.): Auf der linken Seite des Hauses herrscht die Meinung vor, daß es besser gewesen wäre, überhaupt keine Kolonialpolitik einzuleiten. Ist sie aber eingeleitet, so soll sie wenigstens richtig geleitet werden. Dafür, daß Graf Arnim die vom Reichstag beschlossenen Ersparnisse tadelt, habe ich in der That keine parlamentarische Bezeichnung. Die Verträge mit England und Frankreich, Kraft deren uns wertvolles Hinterland weggenommen wird, erscheinen auch mir als ein kolonialer Mißerfolg. Auch die Zurücklassung des Leutnants v. Volckammer in Balinge und seine Ermordung ist der Verwaltung von Kamerun ist als ein Mißerfolg anzurechnen. Der Offizier war, trotzdem er 50 Dahomeher und 25 Weiber bei sich hatte, eben vollständig ungenügend mit Munition versehen. Nur durch rücksichtslosen Instichlassen seitens der Behörde konnte die Katastrophe herbeigeführt werden. Der Verwaltung in Kamerun wird weiterhin vorgeworfen, daß sie den Sklavenhandel begünstige, indem sie Sklaven loskaufe, aber für eine Reihe von Jahren sie für sich verpflichte. Und in der Kommission hat man ein ähnliches Vorgehen der Firma Wölbert und Brohm auf das Schärfste verurteilt. Zur Revanche der Ermordung des Herrn von Volckammer wurden später in Balinge ein paar Weiber und Kinder getötet, damit aber wurde doch Herr v. Volckammer nicht wieder lebendig gemacht, und es ist unbestreitbar, daß sich gerade dieser Herr große Verdienste um die Kolonie Kamerun erworben hat. Das ist mir in Berichten einer Hamburger Firma bestätigt worden. Herr v. Volckammer mußte ebenso ein Opfer des Bureaukratismus werden wie Herr Jüngtzaff. Der Büreaukratismus mußte aber auch zu solchen Katastrophen führen, wie es die Ausspeitschung der Weiber war. Leistungen a la Leist können in der That den deutschen Namen nur schänden. Ehe wir solche Kolonialpolitik treiben, lassen wir lieber die ganze Kolonialpolitik fahren.

Direktor der Kolonial-Abteilung Dr. Kayser (auf der Tribüne schwer verständlich): Der Abg. Hasse stellt die Behauptung auf, es seien namentlich deutsche Reisende gewesen, welche Afrika erforscht. Er vergißt aber, daß sie ihre Reisen meist im Auftrage anderer Regierungen gemacht haben. Wir können also das von ihnen erschlossene Gebiet nicht ohne weiteres als unsere Interessensphäre betrachten. Wir haben gerade beim Hinterland von Kamerun mit solchen Gebieten zu rechnen, und deshalb sind die Verhandlungen mit Frankreich nötig geworden. Gegenüber Herrn v. Volckammer hat sich der Gouverneur ein Versehen nicht zu Schulden kommen lassen, und ich muß ihn gegen diesen Vorwurf entschieden in Schutz nehmen. Wer im Hinterlande von Kamerun es unternimmt, eine Station zu errichten, ist ganz naturgemäß großen Gefahren ausgesetzt. Ausgerüstet war die Expedition v. Volckammer genügend, wie auch Herr v. Morgen später anerkannt hat. Er hatte auch lediglich die Aufgabe, zu beobachten.

Abg. Bebel (soz.): Je mehr die Franzosen sich in Afrika engagieren, desto länger haben wir in Europa Ruhe. Gegenüber dem Abg. Graf Arnim weise ich darauf hin, daß, was die Regierung für die Kolonien hier verlangt hat, sie auch alles bekommen hat. Also der Vorwurf, wir seien an den Mißerfolgen in der Kolonialpolitik schuld, ist unbegründet. Ich bemerke ferner, daß allerdings Parteigenossen von uns die Nilpferdpeitschen nach Europa gebracht haben. Ebenso haben Parteigenossen von uns die ersten Nachrichten über das Verfahren der Firma Wölber u. Brohm nach Europa gebracht. Bei den Nilpferdpeitschen handelt es sich nicht um einen Scherz, sondern wir wollten Ihnen die christlichen Kulturwerkzeuge vor Augen führen. Ein Schlag mit diesen kantigen Peitschen tötet bereits das Blut hervorquellen, und diese Peitschen werden auch angewandt gegen die Schwarzen auf deutschen Schiffen. Außerdem haben wir sogenannte „Tucksverpackungen" beigelegt, mit denen Matrosen und Schiffsjungen gezüchtigt werden. Redner geht nunmehr näher auf das Vorgehen der Firma Wölber u. Brohm ein, die Dahomeher an den Kongostaat verhandelt haben. Die Firma hat sich in ihrer Verteidigung auf das Vorgehen der deutschen Kolonialverwaltung berufen. Gegen diese Darstellung spricht, daß in den Verträgen der Firma mit dem Kongostaat steht, es müsse „gesunde Ware" geliefert werden. Thatsächlich sind auch einzelne Schwarze als untauglich nach Dahomeh zurückgeliefert. Das ist doch vollendeter Sklavenhandel. Nun hat man gesagt, der Schiffsarzt, der die Vorgänge bekannt gemacht hat, habe gegenüber der Firma einen Erpressungsversuch gemacht. Der betreffende Arzt hat aber schon vor der Veröffentlichung im „Hamburger Echo" in Briefen an seine Mutter sich ähnlich ausgesprochen. Nach diesen Briefen sind die Leute eingepfercht und zusammengekettet nach dem Kongostaat transportiert worden. Wenn man auch der Firma mit dem Reichsgesetz nicht beikommen kann, so besteht doch ein hamburgisches Gesetz, wonach die Angestellten der Rheder und Rhede, welche Sklaventransport und Handel betreiben, mit Zucht- und Spinnhaus bestraft werden können. Die Firma ist auch wohlweislich den englischen Wachtschiffen aus dem Wege gegangen. Redner geht hierauf auf die Vorkommnisse in Kamerun ein, bezeichnet das Verfahren des Kanzlers Leist als roh und barbarisch und tadelt die Entsendung von Seesoldaten nach Kamerun. Es entstehe die Frage, ob die Verwendung von Marinesoldaten im inneren Kolonialdienst zulässig sei. (Beifall.)

Die Beratung wird hierauf vertagt.

Präsident v. Levetzow teilt mit, daß der russische Handelsvertrag soeben eingegangen ist.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kolonialetats, Wahlprüfungen.)

Zur Arbeiterbewegung.

— Die Maurer von Zwickau und Umgegend haben in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, in diesem Jahre 30 bis 33 Pennig Stundenlohn zu fordern und beim Rate zu beantragen, zur Bewerbung der Lohndrückerei die städtischen Bauten nicht im Submissionswege zu vergeben, sondern in Regie ausführen zu lassen.

— Die Bleicher und Appreteure in St. Gallen sind in eine Bewegung für den Zehnstundentag eingetreten. Eine kürzlich stattgehabte Versammlung beschloß, die Unterhandlungen mit den Arbeitsherren weiter zu führen und den Zehnstundentag mit 10 Prozent Lohnerhöhung zu verlangen.

— In Basel ist mit dem 15. Februar auf allen Bauplätzen der Zehnstundentag eingeführt worden.

Lokales und Provinzielles.

Halle a S., 20. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung vom 19. Februar. Vorsitzender: Stadtv. Vorsteher Stellvertreter Dittenberger. Eingegangen sind zur Mitteilung an die Versammlung seitens des Magistrats: 1. Das Antwortschreiben des Hofmarschallamtes auf die an den Kaiser ergangene Einladung zum Besuche der Stadt anläßlich der 200jährigen Jubelfeier der Universität. Daselbe enthält eine bedingte Zusage. Sollte der Kaiser nicht persönlich erscheinen, so würde derselbe sich bei dem Universitätsfeste vertreten lassen. Ein gleichlautendes Schreiben ist der Universität zugegangen; — 2. die Bestätigung des Oberbürgermeister Staude auf eine fernere 12jährige Amtsperiode durch Regierungserlaß.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

1. „Vorschläge für den Bau-Etat für 1894/95" — ist noch nicht vorberaten.

2. Die Petition der Synagogen-Gemeinde um Erlaß der Kaution für die Ausbaukosten der Acker- und der Dessauerstraße, welche sich anteilig des dort belegenen Friedhofgrundstückes auf 13 092 Mark belaufen, erfährt seitens der Petitionskommission, Referent Stadtv. Baumeister Schulze, insoweit Unterstützung, als dieselbe dem Magistrat zur Berücksichtigung anempfiehlt den Erlaß des auf die Dessauerstraße entfallenden Anteils der Kaution. Ferner soll die Polizeiverwaltung angegangen werden, die bisher auf Grund nicht erfolgter Kautionserlegung verweigerte Erlaubnis zum Neubau einer Begräbnishalle auf dortigem Friedhofe nunmehr zu gewähren. Bezüglich der Ausbaukosten für die Ackerstraße empfiehlt die Petitions-Kommission Uebergang zur Tages-Ordnung. — Die Versammlung beschließt, nachdem Referent unter anderen Gründen für die Gewährung auch die der Johannisgemeinde zugewendeten Schenkungen an Bauterrains und Ausbaukosten erwähnt, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen.

3. Die Petition des 1. kommunalen Wahlbezirks Vereins um Aufhebung der Grund- und Mietssteuer bezieht sich auf die bereits früher schon von demselben angeführten Motivierungen, sie wünscht mindestens auch für dieses Jahr einen 3monatlichen Erlaß der Steuern. — Die Petitions-Kommission, Ref. Stadtv. Kobert, empfiehlt den die Aufhebung der Mietssteuer anstrebenden Teil der Petition in anbetracht der bevorstehenden Einführung des neuen Kommunalsteuergesetzes dem Magistrat als Material zur Berücksichtigung zu überweisen, bezüglich des Erlasses der Vierteljahrsrate jedoch Uebergang zur Tages-Ordnung zu beschließen. — Der Vorsitzende erklärt, daß aus Gründen der Finanzlage der Stadt pro 1894/95 an den Erlaß einer Vierteljahrsrate nicht zu denken ist. Nach 1895 wird sich die Reformierung oder Abschaffung der Mietssteuer bei Einführung des neuen Kommunalsteuergesetzes wohl ergeben. Bezüglich der Grundsteuer aber sei solches kaum zu erwarten. Es wird den Anträgen der Petitions-Kommission entsprochen.

4. „Beschlußfassung wegen Uebernahme von Grundstücken in der großen Ulrichstraße und Nikolaistraße" — wird in die geschlossene Sitzung verlegt.

5. Die Feststellung der Haushaltspläne des Schlachthofes und des Viehhofes pro 1894/95, welche in Einnahme und Ausgabe balancieren: Ersterer mit 219 000 M., letzterer mit 66 100 M., erfolgt, nachdem bei ersterem Etat mehrere Abstriche auf Antrag der Finanzkommission, Ref. Stadtv. Billing, genehmigt worden sind. Erwähnenswert ist der Abstrich von 200 M. von dem mit 500 M. eingesetzten Posten für Reisekosten, welche dem Direktor resp. dem Tierarzt zu Informationsreisen dienen sollten. Stadtv. Brinkmann, Mitglied des Schlachthaus-Kuratoriums, vertrat die Magistratsforderung, darauf hinweisend, daß ja den Direktor der Gas- und Wasserwerke für eine einzelne Reise fast schon ein solcher Betrag bewilligt worden sei. Man möge im allgemeinen die Reiseentschädigungen genauer feststellen, damit nicht Aehnliches geschehen könne, wie bei dem Theater Etat zum Vorschein kam, daß dem Maschinenmeister bedeutet worden ist, seine auf 16 M. berechneten Spesen bedeutend höher zu stellen. — Bei der Position Druckschaen und Buchbinderarbeiten wurden 400 M. gestrichen; hierbei moniert Stadtv. Henze die Lieferung von 100 000 Wiegescheinen durch den Lieferanten der Centesimal-Wagen, die pro 1000 mit 12 M. berechnet sein sollen. Stadtrat Arndt erwidert, daß dieselben mit 10 M. berechnet sind. Von Halle aus gelieferte kosteten 4—4.50 M. Nachdem Stadtv. Henze erwähnt, daß der Wagenlieferant dadurch, daß er ca. 400 M. an den Scheinen verdient, wohl die Wagen billiger liefern könnte, erklärt Stadtv. Arndt, daß die von hallescher Firma gelieferte Arbeit unzuverlässig war und dieselbe keine Aufträge wieder erhalten würde. — Bezüglich des Viehhofes wird zugestanden, daß der Antrieb von Vieh ein gegen die gehegte Erwartung geringer geblieben ist und hier 31 000 M. zuzuschießen sind. Erklärt wird der hohe Zuschuß vom Stadtv. Brinkmann dadurch, daß der mit 4 M. bezahlte Grund und Boden dem Viehhofkonto mit 10 M. Wert belastet worden ist. Stadtv. Friedrich stellt fest, daß in diesen Betrag auch die Straßenausbaukosten mit einbegriffen sind. Derselbe weist auch darauf zurück, daß die seinerzeit von ihm und anderen Mitgliedern erfolgten Warnungen vor Anlegung eines Handelsviehhofes wohlbegründete waren, wie Thatsachen jetzt erweisen. Redner beantragt, die Viehhofsräume, soweit sie entbehrlich sind, anderweitig zu verwerten. — Oberbürgermeister Staude sucht diese Ausführungen zu entkräften, erklärt sich aber mit anderweiter Verwertung einverstanden und erwartet dahingehende Vorschläge, da er nicht wisse, wie eine teilweise Vermietung der zum Schlachtviehantrieb benutzten Gebäude ermöglicht werden sollte. Stadtv. Heiser erhofft durch die Schwittersdorfer Bahnanlage einen größeren Zufluß an Rindvieh und anderen Schlachttieren und dadurch eine Hebung der sonst nicht so schnell zu erwartenden Rentabilität.

6. Der Haushaltsplan der öffentlichen Straßenbeleuchtung pro 1894/95, welcher mit 228 248.17 M. Ausgaben abschließt, wird festgestellt. Ref. Stadtv. O. Schultz. Die Finanzkommission empfiehlt 3 für die Hedwigstraße bestimmte Laternen zu streichen, und dafür 3 für die Lindenstraße zu bewilligen. Ferner empfiehlt Referent größere Sparsamkeit hinsichtlich der Nachtlaternen. Stadtv. Friedrich wünscht endliche Einführung reflektierender Deckel für alle Laternen. Stadtrat Pfeifer bekundet, daß diese Neuerung in der Einführung begriffen sei. Stadtv. Pfaul wünscht, daß die Regenerativ Lampe auf dem Rannischenplatze so lange es dunkel ist, brennen soll. — Diese Anträge werden alle angenommen, nachdem Stadtv. Aßmann behauptet, daß an der Beleuchtung noch viel mehr erspart werden könnte; es brennen in mondscheinhellen Nächten unnötigerweise zu viel Laternen.

7. Der Haushaltplan der höheren Mädchenschule pro 1894/95 wird festgestellt. Derselbe ergiebt 49 790 M. Einnahme 57 600 M. Ausgabe, erfordert somit einen Zuschuß von 7810 M. Ref. Stadtv. Herzfeld. — Der Vorsitzende berichtigt den Referenten dahingehend, daß, obschon die Erhöhung des Schulgeldes ebenso bei dieser wie bei den beiden anderen höheren Lehranstalten einen Rückgang in der Frequenz bei besonders seitens auswärtiger Schüler hervorgerufen habe, die Einnahmen jedoch höhere gewonnen seien. Redner tritt für Gleichberücksichtigung der fünf akademisch gebildeten Lehrer der Anstalt in bezug auf die Gehaltsverhältnisse mit denen der anderen beiden höheren Anstalten, und zwar noch in diesem Jahre, ein. Stadtv. Elze regt an, die Schülerinnenaufnahmen auch zu Michaeli erfolgen zu lassen, wie bei allen anderen Schulen. Stadtv. O. Schultz bedauert, daß der Magistrat die bezügliche Vorlage nicht eingebracht hat. Redner nimmt für die Mädchen hinsichtlich der Ausbildung dasselbe Recht in Anspruch, wie für die Knaben. Wenn die Schule eine höhere Bildungsanstalt sei, dann sei es Pflicht, die Lehrer den anderen gleichzustellen, wenn sie das aber nicht sei, dann möge man sie doch zu einer Mittelschule machen. Stadtschultrat Krähe will den Eingesandten Vorschlag im Auge behalten.

8, 9, 10 und 11 fallen aus.

12. Zum inneren Ausbau, Anlage von Ladeneinrichtungen und Umfriedigungen auf dem Neubau des Diakonatsgebäudes der St. Ulrichsgemeinde werden 3778 M. beantragt. Ref. Stadtv. Friedrich empfiehlt, die Badeeinrichtung (440 M.) zu streichen, ebenso von Umfriedigungen 200 M., so daß nur 3138 M. zu bewilligen wären. Nach langen Auseinandersetzungen über die Badeeinrichtung wird dem Antrage des Stadtv. Rausch, diese Einrichtung exklusive Badewannen zu bewilligen zugestimmt, so daß vom Magistratsantrag nur 200 und 140 M. in Abzug kommen. Stadtv. Klinkhardt hatte statt eisernen Gitters eine 2 Meter hohe massive Mauer beantragt, welche zwischen den Oberpfarrer- und Diakonatsgarten gesetzt werden sollte, einesteils zur Sicherung des Kirchenschatzes, andernteils um den Frieden zu erhalten zwischen den beiden Pfarrerfamilien. — Demgegenüber wurde betont, daß gerade von dem Oberpfarrer der Wunsch geäußert sei, die massive Mauer (welche während des Baues umgestürzt war) nicht wieder zu errichten.

13, 14 und 15 fallen aus.

16. Auf Antrag des Magistrats wird der Zuschlag auf das Meistgebot des Kaufmann Louis Blaut von 60 M. pro Quadratmeter, welches derselbe für die städtischen Grundstücke alte Promenade 15 und 16 abgegeben hat, nicht erteilt. Magistrat hofft bei günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen erheblich besseren Preis zu erzielen. Referent Stadtv. Sachs.

Eine nachträglich seitens einer Anzahl Stadtverordneter eingegangene Interpellation frägt an, in anbetracht des nahenden Frühjahres, ob die schon früher beantragten Pflanzen-Schulgärten, die auf dem Südfriedhof in Aussicht gestellt waren, in Vorbereitung genommen sind. — Eine Auskunft seitens des Magistrats soll in nächster Sitzung erfolgen.

Ueber die Endzeit der allgemeinen Schulpflicht ist nach einem im vorigen Jahre vom Kammergericht gefällten Urteil zur Zeit eine gesetzliche Bestimmung überhaupt nicht vorgesehen. Der Vater ist berechtigt, sobald sein Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat, die Entlassung aus der Schule zu verlangen, jedoch macht er sich straffällig, wenn er es eigenmächtig zu Hause behält, ehe die Entlassung erfolgt ist.

Bergbau. In den Gemarkungen der Ortschaften Zwintschöna, Schönnewitz und Klein-Kugel im Saalkreise wird in Zukunft auf einem 445 516 Quadratmeter enthaltenden Felde seitens der A. Riebeckschen Montanwerke zur Gewinnung der daselbst anstehenden Braunkohlen Bergbau betrieben werden. Das Bergwerkseigentum ist der Gesellschaft seitens des Kgl. Oberbergamts Halle unter dem Namen Rießer I bereits verliehen worden.

Vorsicht ist bei Annahme von Silbermünzen anzuraten. Im Umlauf sind falsche Etmarkstücke mit A. 1875, sowie falsche Thaler preußischen Gepräges mit A. 1871 und mit A. 1870.

1. **Sozialdemokratische Flugblätter,** welche der Schuhmacher Gustav Weiserburg herausgegeben und in der Genossenschaftsdruckerei zu Halle, deren Vorstand Alfred Jähnig ist, hatte drucken lassen, versahen im vorigen Jahre namentlich die um Halle gelegenen Ortschaften reichlich mit Lesestoff. In einem derselben fand sich folgender Passus: „Höhere Beamten bekommen oft nach 40jähriger und noch kürzerer Dienstzeit bis zu 20 000 Mark Pension. Ein Arbeiter dagegen erhält, wenn er vom 14. bis zum 70. Lebensjahre sich abgeschunden hat, 33⅓ Pf. pro Tag, also jährlich noch nicht 122 Mark!" In diesem Satze erblickte man den Vorwurf, daß die Staatsgelder in ungleicher und deshalb ungerechter Weise verteilt und die höheren Beamten bevorzugt würden. Weiserburg sowohl wie Jähnig, welcher den Auftrag zur Druckegung und auch von dem Inhalte der Flugschrift bei der Korrektur vor der Veröffentlichung Kenntnis erhalten hatte, wurde infolgedessen beschuldigt, wissentlich erdichtete oder mindestens entstellte Thatsachen verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen, nämlich die geregelte Zahlung der Beamtenpensionen und der Altersrenten der Arbeiter verächtlich zu machen; und das Landgericht zu Halle a. S. verurteilte am 20. November v. J. beide nach § 131 des St. G.-B. zu je 50 M. Geldstrafe. Sie legten Revision ein und bestritten, daß sie eine Staatseinrichtung hätten verächtlich machen wollen. Nur eine Kritik, die sich jeder erlauben dürfe, hätten sie geübt. Das Wörtchen „oft" in obigem Satze, welches den größten Anstoß erregt habe, beziehe sich in erster Linie auf die hohen Pensionen unter 20 000 M. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision, da das Urteil zu keinerlei Bedenken Anlaß gebe.

Von einer Messerstecherei, die am Sonnabend abend in der Bernburgerstraße stattgefunden habe, berichteten die hiesigen Zeitungen in ihrer gestrigen Ausgabe in ausführlicher Weise. Wie uns nun von kompetenter Seite mitgeteilt wird, ist bei der fraglichen Affaire das Messer nicht in Gebrauch gekommen, sondern sind die vorgekommenen Verletzungen dadurch entstanden, daß der Arbeiter L. den Arbeiter B., nachdem beide bezüglich ihrer Zeche in Meinungsverschiedenheiten geraten waren, zu Boden warf, so daß dieser ein Stück auf dem Trottoir hinrutschte und sich dabei im Gesicht erheblich verletzte. Es kann in der Hauptsache aber nur von Hautwunden die Rede sein.

Merseburg. Aus den Verhandlungen des gegenwärtig hier tagenden Provinzial-Landtages sind als besonderes Charakteristikum unserer Zeit einige Zahlen hervorzuheben, welche seitens des Landeshauptmanns Grafen von Wintzingerode bekannt gegeben wurden. Danach sind in den Provinzial Irrenanstalten in Pflege gewesen im Jahre 1872: 568 Kranke, im Jahre 1876: 619, im Jahre 1879: 869, jetzt aber zu Ende des Jahres 1893 betrug die Zahl derselben 1739. Es hat somit eine prozentual kolossale Steigerung der Zahl der Geisteskranken stattgefunden.

Löbejün. Vergangenen Sonntag früh 6 Uhr brach in der Scheune des Gutsbesitzer Köster in Neuß Feuer aus, welches die ganze Scheune einäscherte. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. — Auf dem Heimwege mit dem Wasserwagen nach Merbitz fiel der Dienstknecht Krähe aus Merbitz bei Naundorf von genanntem Wagen und brach das Genick, wodurch der sofortige Tod des Mannes herbeigeführt wurde. Der Verunglückte ist Familienvater.

Querfurt, 19. Februar. Gestern gegen Abend hat sich auf dem hiesigen Schlosse ein recht bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Herr Amtsrichter Simon und Herr Gefangenwärter Böhm waren dabei, einen neuen Revolver einzuschießen. Als Herr Böhm die Waffe in der Hand hielt, entlud sich dieselbe und die Kugel drang Herrn Amtsrichter Simon durch den Hals, schlug aber nicht durch, sondern blieb im Körper desselben sitzen. Obgleich zunächst eine Gefahr für das Leben des Verletzten nicht vorliegt, ist die Verwundung doch eine schwere. Die Kugel soll noch nicht aus dem Körper entfernt sein. („H. Z.")

Lützen. Der Arbeiter Karl Albert Beyer von hier überfiel in der Nacht vom 12. zum 13. Februar 1893 den Arbeiter Schumann und brachte ihm mehrere Stichwunden bei, von denen besonders eine Wunde am linken Arme erhebliche Folgen hatte, denn da die Muskulatur durchschnitten ist, so ist der Arm gelähmt geblieben. Beyer stand wegen dieses Verbrechens am 16. d. vor der Naumburger Strafkammer und wurde zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 19. Februar. Die Strafkammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit folgender Sache. Der 14jährige Karl Hasenger aus Wansleben war vom hiesigen Schöffengericht wegen qualifizierter Sachbeschädigung nach § 304 St.-G.-B. (Beschädigung von Gegenständen, welche zum öffentlichen Nutzen und zur Verschönerung öffentlicher Wege dienen) zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden, wogegen derselbe Berufung eingelegt hatte mit der Begründung, er sei unschuldig. Am 7. Juli v. J. soll nämlich der Angeklagte auf der Chaussee zwischen Teutschenthal und Wansleben 56 junge Kirschbäume, 56 M. Wert, durch Zerschneiden mit einem Taschenmesser beschädigt haben. Ein Arzt aus Teutschenthal und dessen Kutscher fuhren an jenem Tage die Landstraße entlang, und fanden es verdächtig, daß sich der Knabe dort zwischen den zerschnittenen Bäumen umherttrieb. Als der Arzt den Angeklagten fragte, weshalb er die Bäume beschädigt habe, leugnete derselbe. Ein Messer hatte er zwar bei sich; jedoch ist nicht festgestellt worden, ob Spuren von dem Saft der Bäume an der Klinge vorhanden waren. Andere Personen sind aber in der Nähe der zerschnittenen Bäume zu jener Zeit nicht gesehen worden; an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940221-12/fragment/page=0003

die Schnitte noch ganz frisch. Der Angeklagte bestritt auch heute die That mit aller Entschiedenheit und erklärte bezüglich seines dortigen Verweilens an jenem Tage, er habe auf seinem von Tentschenthal kommenden Bruder gewartet. Die Staatsanwaltschaft beantragte Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof erkannte jedoch unter Aufhebung des Urteils erster Instanz auf 100 Mark Geldstrafe ev. 25 Tage Gefängnis. In der Zeit nach dieser Frevelthat sind auch noch Bäume auf dem Wege zwischen Wansleben und Amsdorf beschädigt worden; ein diesbezüglicher Thäter ist aber nicht ermittelt.

Nah und Fern.

* **Schreckliches Ende.** Gotha, 20. Februar. Auf furchtbare Weise machte dieser Tage ein in einer hiesigen Brauerei beschäftigter Brauer seinem Leben ein Ende. Der äußerst kräftige 25jährige Mann hatte sich, so entnehmen wir der „Magdb. Ztg.", vor einiger Zeit mit einem Faßreifen am Handgelenk der rechten Hand verletzt, eine die Verwundung weiter zu beachten. Nach kurzer Zeit schwoll aber der Arm bedenklich an, so daß der Brauer ärztliche Hilfe nachsuchen mußte; die Verwundung wurde zugleich sehr schmerzhaft. Der Arzt, den der Kranke aufsuchte, war zur Zeit der Nachtfrage des Patienten nicht anwesend. Sei es nun infolge übergroßer Schmerzen oder in einem Anfall von Geistesstörung, kurz, der Hilfesuchende begab sich aus dem Wartezimmer des Arztes in dessen Konsultationszimmer, nahm von dem dort stehenden Operationstisch ein Messer und schnitt sich an Ort und Stelle die Pulsader des verwundeten Armes durch. Zum Schrecken der anderen Patienten erschien der Unglückliche wieder blutüberströmt im Wartezimmer und verließ dann das Haus. Auf dem Hofe ergriff er eine Glasscherbe, mit der er die beigebrachte Armwunde zu erweitern suchte, und zerfleischte sich den Unterarm. Den nacheilenden Wärtern, die die Blutung stillen wollten, leistete er Widerstand und machte Anstalt, mit der gesunden linken Hand die rechte Hand aus dem Gelenk zu brechen. Unter polizeilicher Begleitung wurde der tödlich Verletzte in einem Wagen nach einem zunächst wohnenden Arzt gebracht und von diesem verbunden, worauf er nach dem städtischen Krankenhause gebracht wurde. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist der Unglückliche wenige Stunden nachher gestorben. Nach dem ärztlichen Befund war eine starke Blutvergiftung schon früher eingetreten, die sich dem Kopfe mitgeteilt und eine Geistesstörung hervorgerufen hatte, unter deren Einfluß der junge Mann seine That ausführte.

* **Unschuldig verhaftet.** Köln, 20. Februar. Von zuverlässiger Seite erfährt die „Köln. Volksztg." folgendes: Am Karnevals Sonntag passierten zwei junge Damen die Hohestraße, wo sie von einer Gruppe junger Leute umringt wurden. Plötzlich rief einer der „Herren": „Mir ist die Uhr gestohlen," und beschuldigte eine der Damen des Diebstahls. Als diese ihm aber sehr entschieden zu verstehen gab, daß sie ein anständiges Mädchen sei, gab er an, das andere Fräulein habe ihn bestohlen. Unterdessen war ein Schutzmann hinzugekommen und führte das Mädchen zum Polizei Depot. Es half kein Bitten, kein Flehen und keine Beteuerung der Unschuld, das Mädchen wurde eingesperrt. Es erklärte sofort, daß es in Köln ansässig sei und daß sein Vater in Mühlheim a. Rh. wohne u. s. w. Am Montag hätte nun die Festgenommene nach den Bestimmungen der Straf-Prozeß-Ordnung dem Richter vorgeführt werden müssen, doch auch dieses geschah nicht. Inzwischen hatte der Vater des Mädchens von dem Vorfalle Kenntnis erhalten. Er lief hin und her, um seine Tochter frei zu bekommen, aber alle seine Bemühungen waren vergeblich! Erst am Donnerstag (!) nach Fastnacht wurde die Verhaftete mit liederlichen Frauenzimmern (!) zusammen dem Richter im Justizgebäude vorgeführt. Der Richter ordnete nach stattgehabter Vernehmung an, daß die Dame sofort nach Hause zu entlassen sei und nicht vorher mehr, wie das sonst der Fall ist, nach dem Depot zurückgebracht werde. — So weit die uns zugehende Mitteilung. Hoffentlich wird die zuständige Behörde unverzüglich die erforderlichen Schritte thun, um die Untersuchung über den beklagenswerten Vorfall einzuleiten. Insbesondere wird klar zu stellen sein, warum man nicht, dem Verlangen der Verhafteten entsprechend, durch eine Nachfrage im elterlichen Hause alsbald ihre Persönlichkeit feststellte. Noch größeres Befremden muß es erregen, daß die Verhaftete erst am Donnerstag dem Richter vorgeführt wurde, entgegen der klaren Bestimmung des § 128 der Straf-Prozeß-Ordnung, wonach bei einer vorläufigen Festnahme der Festgenommene „unverzüglich" dem Amtsrichter vorzuführen ist. Sollte in dieser Hinsicht eine pflichtwidrige Unterlassung vorliegen, so wird die Behörde hoffentlich mit aller Energie für eine Remedur sorgen.

Litteratur.

Sozialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Karl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich 2.50 M.). Die soeben erschienene Nummer 21 hat folgenden Inhalt:

Die Intensifikation der Arbeit und ihr Widerstand. Von Karl Hirsch. Nordstaatenaktion auf einem staatlichen Salzwerke in Anhalt. Zwangsveräußerungen und Hypothekenschulden im Großherzogtum Hessen. Städtische Arbeitsämter. Zur Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Berlin. Arbeiterverhältnisse auf den preußischen Staatsbergwerken, Hütten und Salinen. Tötungen und Verletzungen von Beamten und Arbeitern bei den preußischen Staatsbahnen. Kommission für Arbeiterstatistik. Die Schubbohrgesellschaft des Kalisyndikats. Von Dr. Bernhard Kosmann, kgl. Bergmeister a. D. Die unabhängige Arbeitspartei in England. Zur Frage des Achtstundentages in England. Von Rechtsanwalt Stephen N. Fox. Die gewerbliche Sonntagsruhe und ihre Verzögerung vor dem Reichstage. Petition der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um Regelung der Arbeitszeit. Zur Reform der französischen Fabrikinspektion. Erstattung von Beiträgen nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Veröffentlichung der Jahresberichte der berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbeamten. Die Arbeiterversicherung im Lehrplan der medizinischen Fakultäten. Deutscher Lehrertag. Bibliographie.

Gesundheitsrat. Zeitschrift für die gesamte Naturheilkunde, für Gesundheitspflege und natürliche Entwickelung. Herausgegeben von Friedrich Krauß. — Redaktion, Verlag und Expedition Stuttgart, Seidenstraße 2. Monatlich 2 Nummern. Preis vierteljährlich M. 1.25. — Probenummern gratis.

Inhalt von 1894 Nr. 2: Wird das Volk vor Geduld vollends ganz zum Esel werden? — Magenerweiterung und deren naturgemäße Behandlung. Von Dr. med. F. Ladurner, Gratsch-Meran. — Die Agitation für Gesundheitspflege und Naturheilkunde auf dem Lande. Von C. Eberle, Neu-Ulm. (Schluß.) — Zahnschmerzen, ihre verschiedenen Ursachen und ihre naturgemäße Behandlung. Referat von H. St. nach einem Vortrag von G. Welcker, Frankfurt a. M. — Einiges über die abnormen Haut- und Gesichtsfärbungen als Beitrag zur Diagnose vermittelst Physiognomik. Von Dr. med. Prager, Hamburg-St. Georg. — Ueber die blaurote Hautfarbe oder Cyanose als Beitrag zur Diagnose vermittelst Physiognomik. Von demselben. — Echo. (Jul. Hensel über das Wesen der Bazillen). — Heilberichte. (Bauchwassersucht, Gallenfieber und Gelenkrheumatismus). — Hausarzt (redigiert von Dr. med. Walser, Bad Pullach bei München): Ohrenleiden, Sodbrennen und Aufstoßen. — Briefkasten der Redaktion. **Beilage:** Anzeigen.

Naturheilvereine seien besonders auf den in dieser Nummer beendeten Artikel vor C. Eberle, Neu Ulm (Die Agitation für Gesundheitspflege und Naturheilkunde auf dem Lande) hingewiesen. Der Aufsatz über Zahnschmerzen, ihre Ursache und Behandlung ist von allgemeinstem Interesse.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 19. Februar.

Aufgeboten: Der Maschinenschlosser Hugo Tretrop und Emma Böhm (Streiberstraße 24 und Zwingerstraße 9). Der Gelbgießer Gustav Naundorf und Klara Zagemann (Albrechtstraße 39 und Forsterstraße 43). Der Postschaffner Paul Buchholtz und Julie Ludwig (gr. Brauhausstraße 10). Der Fabrikarbeiter Reinhold Kaiser und Therese Gebhardt (Lilienstraße 6). Der Schlosser Otto Haberland und Hedwig Dornstein (Spitze 30 und Leipzigerstraße 94). Der Posthilfsbote Otto Schrader und Auguste Korn (Wettinerplatz 2 und Feldstraße 2). Der Bäcker Karl Lindemann und Emma Paatzsch (Harz 51 und Kemberg). Der Postillon Karl Henze und Marie Kirchner (Magdeburgerstraße 28 und Dölau).

Geboren: Dem Bahnarbeiter Friedrich Schlie eine T., Elise Marie (Schillerstraße 59). Dem Schlosser Otto Berger ein S., Gustav Hermann Otto (Wörmlitzerstraße 19). Dem Kaufmann Richard Winkler ein S., Eduard Richard und Karl Friedrich (Dreyhauptstraße 1). Dem Oekonomie-Inspektor Ferdinand Trübe eine T., Elfriede Charlotte Helene (Merseburger Chaussee 6). Dem Steinsetzer Gustav Berge eine T., Anna Marie (Thorstraße 51). Dem Schlossermeister Albert Hader eine T., Therese Anna (Schillerstraße 27). Dem Schlosser Ernst Schmidt eine T., Emma Martha (Thorstraße 37). Dem Fleischer Paul Buda eine T., Anna Martha (Ludwigstraße 23). Dem Tischler Hermann Hellmund ein S., Ernst Paul (Schillerstraße 26). Dem Handelsmann Robert Künstler eine T., Marie Elisabeth (an der Moritzkirche 5). Dem Hilfsweichensteller Traugott Druschke eine T., Margarethe Gertrud (Lessingstraße 6). Dem Tapezierer Franz Ströfer eine T., Gertrud (Schwetschkestraße 24). Ein unehel. S. Eine unehel. T.

Gestorben: Des Droschkenkutscher Otto Schirmer S. Karl, 5 M. (gr. Brauhausstraße 25). Des Schmiedemeister Franz Brinkmann Ehefrau Emma geb. Keunecke, 29 J. (Diakonissenhaus). Des Privatmann Ernst Ronneberg Ehefrau Alwine geb. Schaaf, 52 J. (Wolfstraße 22). Der Tuchfabrikant Albert Göhe, 57 J. (Moritzkirchhof 4). Der königl. Regierungs-Assessor Dr. jur. Kurt v. Hopfgarten, 29 J. (Blumenstraße 9). Des Droschkenbesitzer Karl Franke Ehefrau Minna geb. Keßler, 56 J. (Lessingstraße 21). Des Landwirt Wilhelm Kackerbeck S., totgeb. (Entbindungs Institut). Des Weichensteller Bernhard Schroder Ehefrau Lina geb. Thörner, 32 J. (Klinik). Anna Jhlo, 16 J. (Klinik). Der Handarbeiter Friedrich Stange, 61 J. (Weidenplan 16). Des Handarbeiter Karl Knöfler T. Minna, 7 J. (Klinik). Eine unehel. T.

Inserate

für das „Volksblatt" werden angenommen bei

Albert Sanow, Zigarrenhandlung, Geiststr. (Weißes Roß).
Ebeling, Zigarrenhandlung, alte Promenade 28.
Daniel Speck, Viktualienhandlung, Glauchaischestraße 61.
Adolf Albrecht, Zigarrenhandlung, Merseburgerstraße.
Ed. Braunß, Kaufmann, Steinstraße.
In Merseburg bei: **Reinhold Ziesche,** Roßmarkt 10.
In Schkeuditz bei: **Böhm,** Kürschner, Bahnhofstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: **Richard Illge** in Halle.

Verein der Maurer-Arbeitsleute und verwandt. Berufsgenossen von Halle und Umgeg.
Mittwoch den 21. Februar abends 8 Uhr in der Moritzburg
Mitglieder-Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Mieter-Verein „Loests Hof".
Maskenball
Sonntag den 25. Februar 1894.
„Zum letzten Dreier".
Eintrittskarten sind bei sämtlichen Mitgliedern zu haben. **Der Vorstand.**

Delitzscherstraße 8. Mehnert & Liebscher am Zentralbahnhof.
empfehlen sämtliche **Brennmaterialien** zu den billigsten Preisen. Zum Selbstabholen Wagen vorhanden. Daselbst werden auch Roll-, Lohn- und Möbelfuhren billigst und prompt ausgeführt.

Geschäfts-Eröffnung.
Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich meine **Brauerei** übernommen habe und empfehle
ff. Weiß- und Weizenbier
in Flaschen und Gebinden, sowie täglich **frisches Jungbier.** Bitte das geehrte Publikum, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Witwe Wehle, Giebichenstein.

Soeben erschien:
Der wahre Jakob Nr. 198.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Bölbergasse 1.

Zwangsverkauf
durch Gerichtsvollzieher macht es mir möglich, einen großen Posten **Schuh-** und andere **Waren** zu beispiellosem, **billigem Preise** zu erwerben; um schnell damit zu räumen, verkauft zu noch nie dagewesenen Preisen
Hallesche Ramschhalle, Geiststraße 23.

Schuhwaren!
Zur **Konfirmation** hält sich bei Bedarf bestens empfohlen
Otto Hammelmann, Geiststr. 55.

Schwed. Streichhölzer,
unter Garantie sicher brennend,
pr. Pack nur 10 Pfg.,
wenn mit der Firma
Gr. Ulrichstr. 9, neben Mars-la-Tour. **F. A. Patz.**

Achtung!
Verkaufe von heute ab **hochfeines Ochsenfleisch** à Pfd. 40 und 45 ₰.
F. Reinhold, Giebichenstein, Advokatenstraße 19.

Ein zweirädriger Handwagen billig zu verkaufen Eichendorffstraße 4, 1.

Geld. Jedermann,
mag er sein, wer er will, wer sich ohne Mühe Geld erhalten und sich einen guten Nebenverdienst ohne Risiko schaffen will, thut am besten, wenn er seinen Bedarf in allen Artikeln, was er braucht, „vom Kopf bis Fuß" in
Renners Massengeschäft
Leipzigerstraße 42
kauft.
Durch die großen Massenabschlüsse gegen bar, welche wir durch Zusammenkauf der vielen Geschäfte machen, sind die Preise jetzt so billig gestellt, daß jeder erstaunen muß und selbst alle Konkurrenz mit dem Kopfe schüttelt und nicht begreift, wie das zugeht.
Preise sind der enormen Billigkeit halber fest und nur gegen bar.
Renners Massengeschäft Nachf.
nur 42 Leipzigerstr. nur 42.
Einigen Artikeln, welche wir jetzt in großen Ladungen bekamen, habe Preise beigefügt:
2004 Paar Lederhosen, schwere Ware, nur 3 M pro Paar.
1993 „ Halbstiefeln, solide gemalte Handarbeit, p. P. 6 M
Sensationell.
1116 Paar blaue Buckskinhosen, P. 4½ M
2164 „ Arbeitshosen, Paar 2, 2½, 3 und 3½ M
216 Stück Salonnickelwecker, Stück 3.50 M
418 „ Ziehharmonikas, Stück von 3 M an in 16erlei Stimmungen u. Qualitäten
Konfirmanden-Anzüge und Stiefel riesenhaft billig.
Renners Massengeschäft Nachf.
Leipzigerstraße 42.

Grüne Heringe
à **Pfund 10 Pf., 3 Pfund 25 Pf.** empfehlen in extra frischer Ware
Musculus & Co.
Geiststraße 33.
Neumarkt-Fischhalle.

Kapitalien in jed. Höhe a. gute Hypothek. z. 3½ bis 4½ % zu haben. **Herzfelds Hypothekengesch.,** gr. Brauhausstr. 22.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Mittwoch den 21. Februar.
155. Vorst. 42. Vorst. **außer Abonn.**
Anfang 7¼ Uhr. Ende ½10 Uhr.
Farbe: **rot.**
Charleys Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas.
Personen:
Conell Sir Francis Chesney, Baronet, fr. in indischen Diensten Hans Schreiner.
Stephen Spittigue, Advokat in Oxford . . Albert Kühne.
Jack Chesney } student in Oxford . . Ewald Bach.
Char. Wykeham } student in Oxford . . Georg Köhler.
Lord Fancourt Babberley (Charley) . . Ad. Schumacher.
Brasset, Factotum im College . . . . . Friedr. Küstbardt
Donna Lucia d'Alvadorez, Charleys Tante . . . Helene Orla.
Anna, Spittigues Nichte . Fanny Wagner.
Kitty Verdun, Spittigues Mündel . . . Jenny Schneider
Ella Delahay, eine Waise . Lydia Hupe.
Mary . . . . . Johanna Platt.
Ort der Handlung: Oxford.
Zeit: Gegenwart.
Nach dem 2. Akte 10 Minuten Pause.

Donnerstag den 22. Februar.
156. Vorstellung. 114. Abon.-Vorstellung.
Farbe: **rot.**
Zopf und Schwert.
Historisches Lustspiel in 5 Akten v. Karl Gutzkow.

Auf Abzahlung!
Größtes Geschäft am Platze.
10 große Verkaufsräume.
Keine Uebervorteilung.
Preise wie in jedem Ladengeschäft.
Zahlungsweise nach Wunsch.
Bett, Betten, Polsterwaren, Teppiche, Tischdecken, Gardinen, ganze Einrichtungen, (eigene Polsterwerkstatt im Hause), Mäntel und Jackets für Herren u. Mädchen, Anzüge und Paletots für Herren und Knaben, Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaaren, Regulateure, Wand- und Taschenuhren.
Nicolaus Pindo Nachf.
gr. Ulrichstr. 49, 1 Treppe.
„Kaiserläde"
Eingang Schulgasse.

Frdl. Schlafst. zu verm. gr. Märkerstr. 18, III.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
The Silbons (2 Damen, 2 Herren). Bravour Luftgymnastiker. **Sensationell!** — Das **Delany-Trio.** Bravour-Parterre-Akrobaten. — **Brothers Stelling,** Gymnastiker am dreifachen Reck. — Mr. **Boyon,** Fuß-Equilibrist. — Die Geschwister **Adele** und **Josef,** Hand-Akrobaten. — Mr. **Watson** mit seinem „Wunder-Elephanten". — Herr **Castor Watt,** Verwandlungskünstler. — Fräulein **Lucie Verdier,** Piston- u. Waldhorn-Virtuosin. — Fräulein **Clotilde Werner,** Liedersängerin. — Fräulein **Lilly Wallau,** Kostüm-Soubrette. Fräulein **Anna Rieder** und Herr **Hermann Werner,** steyrische Jodler-Duettisten. **Sensationell!**
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Wintergarten Theater.
Nur kurzes
Gastspiel der Baronessen
Geschw. Asbott.
Das mysteriöse Duo.
Fly & Slade.
Das urkomische Riesen-Orchester.
Der drollige Neger Jones.
Troupe Largard.
Daytons Troupe.
14 grosse Elite-Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg! Riesen-Programm!

Narrenabend
Mittwoch den 21. Februar
Herrenstraße 11. Stein.

Junge Mädchen zum Erlernen v. Weißnäh. u. Zuschneiden w. ang. Beesenerstr. 27.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Pfänder werden billig und verschwiegen besorgt Kuhgasse 5.

Ein Schwein, passend für Restaurateure, zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Ein Schwein 3. Schlachten steht zu verkaufen Giebichenstein, Mänzelgasse 5.

Wohnungen mit Garten und Bad in **Loests Hof** von 135—160 M zu verm.

Eine gr. Wohnung, Wenzelsgraben 4, 1. April zu beziehen Eichendorffstr. 33, 1.

Empfehle
Konfirmanden-Anzüge
und
in guten Stoffen zu den billigsten Preisen.
A. Lustig, am Markt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940221-12/fragment/page=0004